

mediendiskurs

108 • 2/2024



Kommunikationsfreiheit

mediendiskurs.online



HERBERT VON HALEM VERLAG

Ausgewogenheit fällt nicht vom Himmel

Mary Poppins ist nicht gut gealtert. Das hat laut „Netzwelt“ zumindest das British Board of Film Classification (BBFC) bezogen auf die Spielfilmversion des Kinderbuchklassikers festgestellt und die Altersfreigabe wegen diskriminierender Sprache angehoben. In dem Musical aus dem Jahr 1964, das im London des frühen 20. Jahrhunderts spielt, fühlt sich Ex-Kriegsmarine-Admiral Boom offenbar an den Burenkrieg erinnert und verwendet in zwei Szenen den Begriff „Hottentotten“, eine aus der Kolonialzeit stammende rassistische Beleidigung für die südwestafrikanische Volksfamilie der Khoikhoi. Trotz des historischen Kontextes, so die britische Filmklassifizierungsstelle, werde die diskriminierende Sprache im Film nicht verurteilt, was die Richtlinien für eine Freigabe ohne Altersbeschränkung überschreite. Stattdessen wird *Mary Poppins* mit PG – Parental Guidance – eingestuft, also der Empfehlung, den Film mit Kindern unter 8 Jahren gemeinsam anzuschauen, um den diskriminierenden Inhalt erläutern zu können.

Wie beim Thema üblich, flammte im Netz eine aufgeregte Diskussion auf, die weniger über den angemessenen Umgang mit diskriminierender Sprache verrät als über den Zustand der Debattenkultur. Und weil uns Deutschen Jim Knopf so nah ist wie den Briten ihre fliegende Nanny, beziehen viele Kommentare auch die Diskussion um die Neuauflage von Michael Endes Klassiker mit ein – hier hatte der Verlag entschieden, eine überarbeitete Kinderversion der zwei *Jim Knopf*-Geschichten ohne das N-Wort und mit weniger stereotypen Beschreibungen und Illustrationen herauszugeben. Extreme Positionen stehen sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Auf der einen Seite ist von Zensur und Cancel Culture die Rede, man empört sich über links-grüne Moralapostel und deren Forderung, von nun an „Schaumkuss“ zu sagen. Auf der anderen Seite richtet sich die Kritik gegen die Berichterstattenden, weil sie das diskriminierende H-Wort in ihren Beiträgen überhaupt nennen und so reproduzieren.

Für Zwischentöne bleibt wenig Raum – sie wären aber notwendig, um Argumente und Gegenargumente überhaupt kennenzulernen und sich eine Meinung jenseits von Richtig oder Falsch zu bilden. Es gäbe einiges zu erzählen und zu diskutieren, beispielsweise, dass Michael Ende selbst, nachdem sein Kinderbuch in den 1960er-Jahren wegen Geschichtsklitterung in die Kritik geraten war, Änderungen vornahm und das Reiseziel der beiden Lokomotivführer von China ins fiktive Mandala verlegte. Dass es Eltern auch weiterhin freisteht, ihren Kindern die originale Ausgabe von *Jim Knopf* zugänglich zu machen, die Jim mit wulstigen Lippen zeigt. Dass *Mary Poppins* weder verändert noch verboten wurde. Dass es nicht unzumutbar ist, mit Kindern zusammen einen Film anzusehen und ihnen Unverständliches zu erklären. Dass das BBFC keine staatliche Behörde ist, sondern eine Einrichtung der Industrie, die ihre Richtlinien auf der Grundlage von Elternbefragungen ständig anpasst. Oder dass Sprache und Werte sich wandeln und es deshalb gar nicht so ungewöhnlich ist, wenn ein Verlag ein Produkt an veränderte Bedingungen anpasst.

Ausgewogene Kommunikation fällt nicht vom Himmel wie ein fantastisches Kindermädchen. Es braucht auch entsprechende Inputs, die es auf Information und Differenzierung anlegen. Wenn selbst seriöse Medien „Filmzensur!“ titeln oder vermelden, *Mary Poppins* sei „nicht mehr jugendfrei“, wünscht man sich auch hier mehr Besonnen- und Ausgewogenheit.

Ihre
Claudia Mikat



Inhalt

Editorial Claudia Mikat	1	TITEL Kommunikationsfreiheit	28
30 JAHRE FSF „Orientierung gibt es nur durch Bildung.“ Claudia Mikat im Gespräch mit Thomas Krüger	4	Kommunikationsfreiheit in einer vernetzten Gesellschaft Klaus Beck	30
„Die kontextbezogene Prüfung ist die wichtigste Errungenschaft der FSF.“ Christina Heinen im Gespräch mit Jürgen Grimm	10	Meinungsfreiheit ist keine Einbahnstraße Eva Maria Lütticke im Gespräch mit Josephine Ballon	36
PRAXIS Sexuelle Bildung? Ja, unbedingt – aber bitte komplex, sensibel und diskursfähig Johanna L. Degen	14	Endstation „betreute Freiheit“? Zum Wandel des Freiheitsbegriffs im Zeitalter künstlicher Intelligenzen Ein Essay von Stefan Selke	42
Das Fernseharchiv Der Fall: MTV Freakshow Christian Richter	20	The next big thing: All the small things Warum ausgerechnet im Kleinen die nächsten großen Herausforderungen für den Jugendmedienschutz stecken Stephan Dreyer	48
Filme von morgen Camilla Graubner und Eva Maria Lütticke im Gespräch mit Sven Bliedung von der Heide und Pascal Schröder	22	„Der DSA ist ein Gamechanger.“ Christina Heinen im Gespräch mit Matthias C. Kettemann	54
		Partizipation ist Demokratieförderung Christina Heinen im Gespräch mit Waldemar Stange	58
		Der Friedhof des Internets Kolumne von Hektor Haarkötter	64

WISSENSCHAFT			
Die betroffenen Beobachter	66		
Bei KI sind Menschen das Problem und die Lösung Marlis Prinzing			
MEDIENLEXIKON			
Die vierte Wand	72		
Gerd Hallenberger			
DISKURS			
EU richtet Blick auf Influencer	74		
Stefanie Lefeldt			
Darstellungen sexualisierter Gewalt: Wirkungsfaktoren und besondere Bedarfe verantwortlicher Gestaltung	76		
Stephan Dreyer, Kathrin Demmler und Christine Linke			
POLITIK+RECHT			
European Media Freedom Act zur Stärkung der Medienfreiheit in Europa	82		
Stephan Ory und Sven Braun			
LITERATUR	88		
Letzte Seite	92		
Impressum			
		MEDIENDISKURS.ONLINE	
		„Küss mich, als wär's das letzte Mal!“	
		Die erstaunliche Geschichte des Filmkusses Hektor Haarkötter	
		„Der Preis zeigt, was in Deutschland alles möglich ist.“	
		Tilmann P. Gangloff im Gespräch mit Siham El-Maimouni	
		7 Fragen an...	
		... Joachim Moczall	
		Verdachtsjournalismus	
		Die Abwägung zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz Joachim von Gottberg	
		Nouvelle Women Vague	
		Frauenschicksale dominieren die Kinoleinwände Werner C. Barg	
		Beeindruckendes Programm mit Fehlstellen	
		„Generation Kplus“ und „14plus“ in Zeiten von Sparzwang Barbara Felsmann	
		Sexuelle Angebote im Netz und ihre Wirkungen	
		Pornosucht und neue Ansätze der Therapie Joachim von Gottberg im Gespräch mit Rudolf Stark	
		Autofiktion im Kino	
		Wenn Regisseure aus ihrem Leben erzählen Werner C. Barg	



CONTAINER

EINGANG

„Orientierung gibt es nur durch Bildung.“

Thomas Krüger hat als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und als Mitglied der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) die Entwicklungen im deutschen Jugendmedienschutz über viele Jahre eng begleitet. 2014, zum 20. Jubiläum der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF), hat er in seiner Festrede Aufgaben für die digitale Revolution skizziert. Zehn Jahre später spricht er mit *mediendiskurs* über veränderte Rahmenbedingungen im Jugendmedienschutz und neue Herausforderungen.

Claudia Mikat im Gespräch mit Thomas Krüger

Jugendmedienschutz ist kein isoliertes Handlungsfeld, sondern eng mit technologischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Trends verknüpft. Inwiefern haben sich die Rahmenbedingungen für Jugendmedienschutz in den letzten zehn Jahren verändert?

Der Jugendmedienschutz ist durch den Prozess der Digitalisierung enorm herausgefordert, vor allem durch die sozialen Medien, die eine neue Dimension eröffnen. Kinder und Jugendliche kommen dort als selbstständige kommunikative Akteure ins Spiel, die mit ständig neuen Formaten umgehen müssen. Die Entwicklung ist so dynamisch, dass Regulierung nicht Schritt halten kann. Damit stellt sich die Frage, wie Kinder und Jugendliche lernen können, eigenverantwortlich mit Medien umzugehen, noch einmal ganz anders, als das bisher der Fall war.

Zwar versucht der Jugendmedienschutz auf allen Ebenen, stärker mit der Realität Schritt zu halten. Dennoch befindet er sich permanent in einer Situation der Nacheile. Das wirft die Frage auf, wie Kinder und Jugendliche selbst zu einem belastbaren Jugendmedienschutz beitragen können. Und das gelingt nur, indem sie dazu ermutigt werden, eine kritische Medienkompetenz zu entwickeln und eine gewisse Eigenverantwortung herzustellen. Daher gewinnt die alte Zwei-Säulen-Theorie von Regulierung und Medienpädagogik heute erneut an Relevanz, insbesondere im Bereich der kritischen Medienbildung.

Gibt es neue Zielvorstellungen im Jugendmedienschutz? Oder anders gefragt: Bedeuten „Eigenverantwortung“ und „Gemeinschaftsfähigkeit“ heute etwas anderes?

Die Zielsetzung hat sich nicht verändert, Eigenverantwortung und Gemeinschaftssinn bleiben die Parameter, nach denen wir uns auszurichten haben. Aber wenn der *16. Kinder- und Jugendbericht* von politischer Medienbildung spricht, wird deutlich, dass die politische Dimension an Bedeutung gewonnen hat. Klassische Medienbildung ist heute unverrückbar verflochten mit politischer Bildung. Und umgekehrt kann politische Bildung heute nicht mehr ohne die Medienbildung gedacht werden. Die politische Dimension liegt vor allem in kritischen Kompetenzen: Was tue ich, wie positioniere ich mich, welche Solidaritäten sind notwendig, welchen Debatten habe ich mich zu stellen? In diesem Sinne müssen Kinder und Jugendliche Eigenverantwortung erlernen, um Resilienz in dem System zu entwickeln. Man darf sie damit natürlich nicht allein lassen, sondern sie brauchen Orientierung - und Orientierung gibt es nur durch Bildung.

Sind die Erwachsenen mit Blick auf die kritische Dimension und ihren Umgang vor allem mit sozialen Medien gute Vorbilder?

Ich sehe sie leider nicht als Vorbilder, eher haben Erwachsene ein noch größeres Bildungsproblem. Kinder und Jugendliche sind neugierig, sie sind sehr stark auf soziale Beziehungen zu Gleichaltrigen und zu ihren Communities hin orientiert. Und ich würde sagen, sie sind sogar bereit zur Bildung. Bei den Erwachsenen fehlt häufig diese Bereitschaft, die eigenen Kompetenzen zu erweitern, um die Rolle als Vorbild wahrzunehmen und Heranwachsende zu begleiten. Ein großer Teil der Erwachsenen- generation scheint in Sachen Medienbildung aufzugeben. Es gibt gute Signale im schulischen Kontext, indem Eltern mehr darauf drängen, dass das Thema „Medien“ eine größere Rolle spielt. Aber man kann diese Aufgabe nicht einfach in den Schulsektor delegieren, wenn man zu Hause nicht bereit ist, das auch zu realisieren und auf den Weg zu bringen. Elternbildung ist eigentlich fast noch die größere Herausforderung.

Hat sich das System des deutschen Jugendmedienschutzes im Hinblick auf seine Orientierungsfunktion für Heranwachsende und Eltern bewährt?

Der Jugendmedienschutz hat endlich reagiert und ist in Bewegung gekommen. Allerdings sind unsere bestehenden Systeme noch zu stark versäult und nicht ausreichend integriert. Die Trennung zwischen Aufsicht und praktiziertem Jugendmedienschutz, sei es durch Selbstkontrollen oder medienpädagogische Angebote, sollte durchlässiger und die beiden Ebenen sollten besser miteinander verzahnt sein. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) hat zumindest den Weg dafür geebnet, aber es muss jetzt auch weitergehen. Das Festhalten an der alten Versäulung und Institutionalisierung scheint mir nicht mehr das Gebot der Stunde zu sein.

Sehen Sie hier eine positive Tendenz? Wir haben weiterhin im Jugendmedienschutz getrennte Gesetzesgrundlagen mit zahlreichen Inkohärenzen und eine Vielzahl von Institutionen mit verschiedenen Zuständigkeiten. Hinzu kommen Kompetenzfragen zwischen Bund und Ländern, nachdem der Bund seinen Einflussbereich mit der letzten Novelle des Jugendschutzgesetzes (JuSchG) auf die Telemedien ausgedehnt hat. Ist diese verworrene Situation überhaupt noch auflösbar?

Auflösbar ist zunächst alles, wenn man es politisch will, aber ich bin skeptisch. Das System hat mittlerweile barocke Züge angenommen und man scheint aus diesen Konstellationen der Vermachtung nicht herauszukommen. Wenn beispielsweise völlig unproduktive Konkurrenzen zwischen Selbstkontrollen aufgerufen werden oder diskutiert wird, wer in welcher Situation befangen ist, dann zeigt das, dass wir den Blick auf die eigentlichen Herausforderungen verloren haben. Deshalb finde ich es richtig, dass der Bund eingestiegen ist, ohne jedoch zu dominieren. Es sollte eine produktive Zusammenarbeit mit mehr Ressourcen, Bildung, Verzahnung und Durchlässigkeit angestrebt werden. Es ergibt auch keinen Sinn, wenn die Selbstkontrollen nach unterschiedlichen Grammatiken funktionieren. Wenn man sich für die Pluralität von Selbstkontrollen entscheidet, müssen sie in eine Logik gebracht werden, die keine Marktverzerrung zulässt und eine gleichberechtigte Behandlung gewährleistet.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Selbstkontrollen in diesem System? Hat die Selbstkontrolle gegenüber staatlichem Einfluss an Bedeutung verloren und ist sie heute weniger relevant als vor zehn oder sogar 30 Jahren?

Ich stamme aus dem Osten und habe selbst erlebt, was Zensur bedeutet. Daher bin ich fest davon überzeugt, dass Selbstkontrolle die entscheidende Alternative ist, um Zensur oder Interventionen von anderen Stellen zu vermeiden. Selbstkontrolle verpflichtet nicht nur die Medienanbieter und die Gesellschaft, sich um die Inhalte zu kümmern und sie zu bewerten, sondern trägt auch zur Glaubwürdigkeit bei, insbe-

sondere durch die umfassende Arbeit im gesamten Umfeld. Daher halte ich es für unangebracht, leichtfertig von ihr abzuweichen. Allerdings müssen dem Einfluss des Staates klare Grenzen gesetzt werden. Ich glaube, dass die entscheidende Korrektur im Ökosystem des Jugendmedienschutzes nicht bei den Selbstkontrollen, sondern bei den staatlichen Akteuren sowie bei der Verantwortung der Plattformen und der wirtschaftlichen Interessengruppen in diesem Bereich zu finden ist.

Was raten Sie den Akteurinnen und Akteuren? Und wen sehen Sie am ehesten in der Pflicht, wenn es darum geht, die verschiedenen Elemente im Ökosystem Jugendmedienschutz besser aufeinander abzustimmen?

Mein Rat wäre, die alten Zöpfe abzuschneiden. Die Verantwortung dafür sehe ich beim Gesetzgeber, und zwar von Bund und Ländern. Der Gesetzgeber muss die Courage haben, das System ins Funktionieren zu bringen, anstatt alte Machtstrukturen aus föderalen oder sektoralen Vorteilen fortzuführen oder faule Kompromisse einzugehen. Es geht nicht länger darum, Machtpositionen zu sichern, sondern darum, angesichts der enormen Herausforderungen sicherzustellen, dass der Jugendmedienschutz unter den aktuellen Bedingungen optimal umgesetzt wird. Das ist ohnehin schon schwierig genug und erfordert eine gründliche Überarbeitung des Systems.

In Großbritannien wurde die Altersfreigabe für *Mary Poppins* aufgrund diskriminierender Begriffe angehoben. In kritischen Kommentaren wird dies häufig als Zensur bezeichnet. Ist es die Aufgabe der Selbstkontrolle, über Themen wie diskriminierungsfreie Sprache mitzuverhandeln, oder sind das Fragen der Political Correctness, die nichts mit Jugendmedienschutz zu tun haben?

Die Akteure in den Selbstkontrollen greifen verschiedene Dimensionen der gesellschaftlichen Debatte auf und verhandeln sie. Ich finde, dass das Verhandeln, Diskutieren, Einordnen und Bewerten zu einem Zeitpunkt anders ausfallen kann als zu einem anderen Zeitpunkt – weil sich bestimmte politische Entwicklungen vollziehen, zu denen man unterschiedliche Antworten findet. Diese Diskussion ist ein angemessenerer Ansatz als die Kultivierung einer Political Correctness, die vorschreibt, was man sagen darf und was nicht. Das ist eine fürchterliche Vorstellung und die sollte man auch zurückweisen.

Derzeit wird diskutiert, welche Einflüsse die Medien, insbesondere die sozialen Netzwerke, auf den gesellschaftlichen Diskurs und die Demokratie nehmen – Stichwort: Das Medium ist die Botschaft. Wenn wir an die Funktionslogik der sozialen Plattformen denken – an die Zuspitzung von Meinungen, das duale Bewertungssystem mit Likes und Dislikes oder die Errechnung des Stellenwertes von Nachrichten nach Klickzahlen –, beeinträchtigt diese Logik den realen demokratischen Diskurs?

Ja, sie beeinflusst ihn. Man findet sich häufiger in Situationen wieder, in denen es nur noch Schwarz oder Weiß gibt, Ja oder Nein, Like oder Dislike. Die Wahrheit findet aber immer in den Graubereichen statt. Es fehlen Einordnung, Interpretation, Übersetzung und Reflexion – also das, was herkömmlicherweise Journalist:innen übernehmen, die man gut oder weniger gut finden und an denen man sich abarbeiten kann. Wenn es diese Instanz nicht gibt, wenn man nur noch auf Medienimpulse aus dem schwarzen oder weißen Sektor trifft, dann stärkt das nicht die Qualität demokratischer Kommunikation, sondern bedeutet am Ende Freiheitsverlust, weil es nur noch zwei Optionen gibt.